

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Kämmereiamt

**Rechnungsabschluss 2004**  
**hier: Rechenschaftsbericht 2004**

## Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	26.10.2005	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	10.11.2005	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

**Inhalt der Information:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Rechenschaftsbericht 2004 zur Kenntnis.*

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

### 1. Unmittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Ziele des Stadtentwicklungsplans sind nicht betroffen, da es sich nur um nachträgliche, gesetzlich vorgeschriebene Informationen und formale Genehmigungen handelt, die das bereits abgelaufene Haushaltsjahr 2004 betreffen.

### 2. Mittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes im Sinne eines fachübergreifenden Ansatzes

**Nummer/n:  
(Codierung)**

QU 1

**Ziel/e:**

Solide Haushaltswirtschaft

**Begründung:**

Der Rechenschaftsbericht erläutert das Ergebnis des Haushaltsjahres 2004 insgesamt und für die einzelnen Fachbereiche.

### **Begründung:**

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung ist die Jahresrechnung innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres vom Gemeinderat festzustellen. Das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Jahres 2004 und die Entwicklung des Vermögens und der Schulden sind im Rechenschaftsbericht 2004 dargestellt und ausführlich erläutert.

Da Grundvoraussetzung für die Dezentrale Ressourcenverantwortung die Vereinbarung von strategischen und operationalen Leistungszielen und eines Finanzziels (Budget) ist, hat die Verwaltung auch im Rahmen des Haushalts 2004 dem Gemeinderat für alle Amtsbereiche Zielvereinbarungen vorgelegt. Auf Basis dieser Zielvereinbarungen haben die Ämter Jahresberichte erstellt, die dem Rechenschaftsbericht beigefügt sind.

### **I. Allgemeines**

Die Haushaltsplanaufstellung war geprägt von den Auswirkungen sinkender Einnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen des Landes. Der Haushaltserlass 2004 wurde am 13.08.2003 veröffentlicht und berücksichtigte die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2003. Die enthaltenen Orientierungsdaten veränderten die Eckwerte der Finanzplanung des Jahres 2003 für 2004 deutlich nach unten. Insgesamt entstand dadurch ein Ausgleichsbedarf von rd. 21 Mio. €. Um die gesetzliche Mindestzuführung zu erreichen mussten bei der Planaufstellung folgende Finanzziele zugrunde gelegt werden:

- Ausgleich der Besoldungs-/Vergütungs-/Lohnerhöhung 2004 bei gleichzeitiger Reduzierung des Personalausgabeansatzes um 1 %
- Reduzierung der Sachausgabeansätze gegenüber den Vorjahresansätzen um 4,5 %
- Kürzung der Ansätze bei der Bauunterhaltung um 1,5 Mio. €
- Reduzierung der Ansätze bei den vertraglich nicht gebundenen Zuweisungen und Zuschüsse um 5 %, in Einzelfällen um 8 % bzw. 10 %
- Konsolidierungsbeitrag der städtischen Gesellschaften

Nach der Steuerschätzung vom November 2003 mussten die Einnahmeansätze um weitere 2,25 Mio. € nach unten korrigiert werden. Dieser Ausgleich erfolgte insbesondere durch die Erhöhung der Globalen Minderausgabe auf 1,46 Mio. €. Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft wurde eine Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € bei Personal- und Sachausgaben beschlossen.

Im Verlauf des Haushaltsjahres – bereits mit dem ersten Bericht zur Haushaltsentwicklung zum 31.3.2004 – musste über weiter sinkende Einnahmen bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch das Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform sowie Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten berichtet werden.

Absehbar war, dass zum Ausgleich keine entsprechenden Minderausgaben herangezogen werden konnten, sodass es notwendig wurde, in Abstimmung mit dem Gemeinderat Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs zu ergreifen. Diese waren:

- Beibehaltung der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssperre
- Erhöhung der Haushaltssperre bei den Sachausgaben (Gruppierung 50 bis 66); im Ergebnis wurde die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssperre verdoppelt
- Herausnahme der nicht durch Maßnahmen/Projekte gebundenen Budgetüberträge aus der Bewirtschaftung
- Auflösung der Rückstellung für die Gebäudeunterhaltung

Nur durch die konsequente Umsetzung der Maßnahmen war es möglich, zum Jahresende 2004 eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 2,8 Mio. € zu erwirtschaften, die zwar unter der planmäßigen aber um 0,1 Mio. € über der Mindestzuführung lag.

## II. Verwaltungshaushalt

### 1. Steuern, allgemeine Zuweisungen

- 9,1 Mio. €

Auch in diesem Jahr war die negative Entwicklung der Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** wesentliches Thema in allen Berichten über den Verlauf der Haushaltswirtschaft. Die Mindereinnahmen von insgesamt 6,1 Mio. € resultieren in der Hauptsache aus Einzelfallentwicklungen mit allein 4,4 Mio. €. Der Restbetrag ergibt sich aus einer Vielzahl von Minderungen bedingt durch die ungünstige konjunkturelle Lage.

Der ursprünglich mit dem Haushaltserlass prognostizierte **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** von 3,65 Mrd. € wurde bereits mit der November-Steuerschätzung 2003 auf 3,55 Mrd. € reduziert. Eine weitere Korrektur auf 3,45 Mrd. € erfolgte im Januar 2004 aufgrund des Vorziehens der 3. Stufe der Steuerreform durch den Bund. Nach der Endabrechnung für 2004 belief sich der Einkommensteueranteil der Gemeinden in Baden-Württemberg auf 3,329 Mrd. €. Das Rechnungsergebnis 2004 enthält neben den Abschlagszahlungen für 2004 auch die Restzahlung für 2003. Insgesamt verfehlte das Ergebnis 2004 die Planung um 2,86 Mio. €.

Basis für die Bildung des Haushaltsansatzes 2004 bei den **Schlüsselzuweisungen vom Land** waren die Eckdaten aus dem Haushaltserlass des Landes bzw. die Korrekturen dieser durch die November-Steuerschätzung. Im Ergebnis wurden die Eckdaten erreicht bzw. sogar knapp überschritten. Im Rechnungsergebnis enthalten sind auch Zahlungen durch nachträgliche Korrekturen der Einwohnerzahlen für die Jahre 2002 und 2003, sodass der Ansatz der Zuweisungen nach dem FAG um rd. 1 Mio. € überschritten werden konnte.

Der Ansatz für die **Grunderwerbsteuer** wurde auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre gebildet. Dass dieser in 2004 nicht erreicht werden wird war zur Jahresmitte erkennbar und ist in die Berichte über den Verlauf der Haushaltswirtschaft eingeflossen. Das Ergebnis lag insgesamt um 1,2 Mio. € unter dem Planansatz.

<b>2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Gruppierung 1)</b>	<b>- 6,3 Mio. €</b>
--	---------------------

Ursache für die Mindereinnahmen bei **Gebühren und ähnlichen Entgelten** in Höhe von 3,4 Mio. € war der rückwirkende Übergang der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG zum 1.1.2004. Dort entfielen veranschlagte Einnahmen in Höhe von 1,2 Mio. €. Weitere Mindereinnahmen entstanden insbesondere bei den Abwasser- und Bestattungsgebühren sowie den Gastspieleinnahmen des Theaters.

Geringere Erlöse aus dem Verkauf von Holz und Papier waren die wesentlichen Gründe für die Mindereinnahmen bei den **Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten u.a.** von 0,9 Mio. €.

Ebenfalls zu Mindereinnahmen kam es bei den **Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen** in Höhe von 1,6 Mio. € vor allem durch geringere Kompostierungsmengen aus Mannheim und dem Rhein-Neckar-Kreis und der Sammlung von Wertmüll.

<b>3. Sonstige Finanzeinnahmen (Gruppierung 2)</b>	<b>+ 6,9 Mio. €</b>
--	---------------------

Die Mehreinnahmen entstanden überwiegend (+7,4 Mio. €) durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der einzelnen Ämter sowie durch Mehreinnahmen bei Verzinsungen und Säumniszuschlägen (**Sonstige Finanzeinnahmen**, + 0,8 Mio. €).

Mindereinnahmen sind zu verzeichnen bei den **Kalkulatorischen Einnahmen** (-1,8 Mio. €), in Folge des Übergangs der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG.

<b>4. Personalausgaben (Gruppierung 4)</b>	<b>- 2,6 Mio. €</b>
--	---------------------

Die Minderausgaben sind zum einen Folge der Übertragung der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG sowie der Eingliederung des Kulturservice in die HKT GmbH. Daneben wurden durch die konsequente Ausschöpfung aller Rationalisierungs- und Optimierungsmöglichkeiten die Globale Minderausgabe und Haushaltssperre erwirtschaftet.

<b>5. Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierung 5 u. 6)</b>	<b>- 8,9 Mio. €</b>
--	---------------------

Aufgrund der Globalen Minderausgabe und der Haushaltssperre blieben alle Ausgaben im Bereich der **Ausgabegruppierungen 50 – 66** bis auf die Kosten der Fahrzeughaltung unter ihren Ansätzen. Innerhalb der einzelnen Gruppierungen verteilen sich die Minderausgaben auf zahlreiche verschiedene Haushaltsstellen.

<b>6. Zuweisungen und Zuschüsse (Gruppierung 7)</b>	<b>+ 1,1 Mio. €</b>
---	---------------------

Die Ausgabenansätze für die **Zuweisungen und Zuschüsse** für laufende Zwecke wurden nicht mit einer Haushaltssperre belegt. In diesem Bereich war damit nur ein Teilbetrag der Globalen Minderausgabe in Höhe von 60.000 € zu erwirtschaften. Die entstandenen Mehrausgaben sind Folge der Weiterleitung der im Haushaltsplan für die Bäder vorgesehenen Mittel an die Stadtwerke Heidelberg AG (über den Zuschuss an die HVV).

Minderausgaben von rd. 0,4 Mio. € ergaben sich bei der **Jugendhilfe**. Hier wurde der eingeschlagene Weg (Umbau-/Optimierung der Hilfearten; ganzheitliches Fallmanagement) konsequent fortgesetzt; die eingesparten Mittel werden zum Großteil wieder in präventive Maßnahmen reinvestiert.

Bei der **Sozialhilfe** führen

- die rückläufige Entwicklung der Fallzahlen zu Minderausgaben von rd. 0,87 Mio. € bei den Leistungen für ausländische Flüchtlinge
- die Fallzahlensteigerung von 800 auf 907 bei den Leistungen für Grundsicherung und Erwerbsminderung zu Mehrausgaben von rd. 0,7 Mio. €
- die zeitnahe Abrechnung insbesondere der Krankenhilfe zu Mehrausgaben von rd. 0,3 Mio. €

<b>7. Sonstige Finanzausgaben (Gruppierung 8)</b>	<b>+ 1,9 Mio. €</b>
---	---------------------

Bei den **Zinsen** entstanden Minderausgaben (-1,2 Mio. €) in Folge des Übergangs der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG bei gleichzeitiger Übertragung des Grundvermögens und der Verbindlichkeiten.

Grund für die Minderausgaben (-5,5 Mio. €) bei der **Gewerbesteuerumlage** ist die Absenkung des Vervielfältigers von 118 v.H. auf 82 v.H..

Durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der Ämter entstanden Mehrausgaben von 7,6 Mio. €

Nur durch die konsequente Umsetzung der Maßnahmen zur Sicherung der Haushaltswirtschaft 2004 konnte eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** erwirtschaftet werden. Durch den Übergang der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG hat sich in der Folge auch die Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung und Kreditbeschaffungskosten auf 2,745 Mio. € verringert. Mit rd. 2,8 Mio. € liegt die erwirtschaftete Zuführung knapp darüber.

<b>III. Vermögenshaushalt</b>
-------------------------------

<b>1. Einnahmen (Gruppierung 3)</b>	<b>- 15,3 Mio. €</b>
-------------------------------------	----------------------

Geringere Einnahmen als geplant entstanden vor allem bei den **Erlösen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens** und hier insbesondere bei Grundstücken (- 12,8 Mio. €), da geplante Veräußerungen nicht vollzogen werden konnten oder der Verkauf bzw. die Zahlung des Kaufpreises erst in 2005 erfolgten.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes konnten 3 Mio. € weniger aus der Rücklage entnommen werden als geplant. Der Bestand der **Allgemeinen Rücklage** verringerte sich damit auf 14,3 Mio. € zum Jahresende 2004.

**Kredite für Investitionen** wurden in Höhe von 16,9 Mio. € neu aufgenommen. Hierfür stand aus dem Vorjahr ein Haushaltseinnahmerest von 12,2 Mio. € zur Verfügung. Neu gebildet wurde ein Einnahmerest von 8,3 Mio. €. **Kredite für Umschuldungen** wurden im Umfang von 14,2 Mio. € getätigt. Damit liegen die Kreditaufnahmen insgesamt um 2,9 Mio. € über dem Planansatz.

<b>2. Ausgaben (Gruppierung 9)</b>	<b>- 15,3 Mio. €</b>
------------------------------------	----------------------

Da im Berichtsjahr insbesondere noch kein Erwerb von Teilflächen der „Bahnstadt“ vollzogen wurde, blieb das Ergebnis des **Vermögenserwerbs – Grundstücke** – um 5,9 Mio. € unter dem Ansatz im Haushaltsplan.

Für **Baumaßnahmen** wurden aufgrund des Baufortschritts 11,5 Mio. € weniger verausgabt als geplant.

Im Vermögenshaushalt wurden **Haushaltsausgabereste** in Höhe von 12,9 Mio. €, **Haushaltseinnahmereste** in Höhe von 8,4 Mio. € gebildet.

Ausgaben in Höhe von insgesamt 16,8 Mio. €, 2,6 Mio. € mehr als geplant, fielen für ordentliche **Tilgungen** und **Umschuldungen** an. Der Schuldenstand zum 31.12.2004 beträgt 124,33 Mio. € durch den Übergang der Bäder auf die Stadtwerke Heidelberg AG liegt dieser um 7,21 Mio. € unter dem Vorjahresstand. Daraus errechnet sich ein Schuldenstand von 872 € je Einwohner.

gez.

Beate Weber

<b>Anlage zur Drucksache:</b>	
<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
A 1	Rechenschaftsbericht 2004 <a href="#">(Der Bericht wurde mit Schreiben vom 06.10.2005 in die Postfächer verteilt und steht digital nicht zur Verfügung.)</a>